

Dr. Krause (CDU/DA):

Ich sehe zwei entscheidende Punkte, die als kritisch anzusehen sind: 1. Weil der erste Staatsvertrag nicht unter dem Aspekt der politischen Vereinigung schon abgeschlossen worden ist, war im ersten Staatsvertrag der Zeitraum der Investitionszulagen zu kurz. Im ersten Staatsvertrag waren die Investitionszulagen über zwei Jahre bemessen. Hier muß sehr schnell der Investitionszeitraum - ähnlich, wie wir es bei der Regionalförderung in den Zonenrandgebieten kennen - auf eine wesentlich längere Zeit, in der Bundesrepublik ist sie ja „unbegrenzt“, aufgestockt werden. Das ist im übrigen nur machbar, wenn die deutsche Einheit auch politisch hergestellt ist. Ansonsten ist es natürlich nicht machbar.

Und es gibt einen zweiten Punkt, daß natürlich auch die Diskussion und Äußerung über Geld permanent hier in diesem Haus, ohne konkret zu untersetzen, an welcher Stelle konkret beispielsweise Investitionsfördermaßnahmen, wenn ich an die 3 Milliarden des Staatsvertrages mal erinnern darf, nicht ausreichen, dann zu einer finanziellen Diskussion verwendet werden, die die Öffentlichkeit nicht versteht. Ich sehe persönlich beispielsweise im Bereich der Infrastrukturfördermaßnahmen sogar noch einen Spielraum, weil wir im ersten Staatsvertrag von 5 Milliarden geplanten Infrastrukturfördermaßnahmen auf 3 Milliarden einvernehmlich zurückgegangen waren seinerzeit in der Angst, das Geld nicht vollständig und ordentlich ausgeben zu können. Insofern sehe ich, wenn wir die 3 Milliarden ordnungsgemäß für Strukturanpassungsmaßnahmen in den nächsten Tagen auf den Weg bringen, durchaus die Bereitschaft von der Bundesrepublik aus, in diesem Bereich weiter tätig zu werden. Wir müssen es bloß inhaltlich konkret untersetzen und dürfen nicht permanent Summen in die Welt rausposaunen, die die Finanzmärkte zum Erschüttern bringen.

(Beifall bei CDU/DA)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Meine Damen und Herren! Der Minister für Finanzen, Herr Romberg hat ums Wort gebeten. Bitte, Herr Minister.

Dr. Romberg, Minister für Finanzen:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte nur einige kurze Bemerkungen machen, weil der Finanzminister hier mehrfach angesprochen worden ist.

Zum ersten, Herr Dr. Krause, ich bin sehr froh und überglücklich, daß jetzt auch von Ihnen anerkannt wird, daß wir im Bereich der Infrastrukturmaßnahmen zügiger vorangehen müssen. Sie wissen, daß ich im Kabinett seit einigen Wochen genau auf diesen Punkt drücke, daß ich immer gefordert habe, übrigens auch hier in diesem Hause, daß Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen in größerem Stil gemacht werden müssen. Und dies ist genau der Punkt, um den es geht. Ich bin froh, daß wir heute im Kabinett einen Beschluß gefaßt haben, daß die 3 Milliarden für Infrastrukturmaßnahmen, die in den Haushalt eingestellt sind, und ebenso die 2 Milliarden, die als Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen sind für Aufträge, die dann im nächsten Jahr zu bezahlen sind, unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsbeschaffung und der schnellen Arbeitsbeschaffung intensiv eingesetzt werden.

Dies war heute auf dem Plan der Regierung. Und ich denke, dies ist ein erster Schritt, der getan werden konnte, und in der Richtung muß weiter gegangen werden.

Ich bin außerdem natürlich sehr froh darüber, daß jetzt auch von Ihnen gesagt wird, wir brauchen mehr an dieser Stelle, und es existieren Spielräume vielleicht sogar in bezug auf die Bundesregierung und das Finanzministerium in Bonn.

Ich persönlich habe mich um manches bemüht. Sie wissen, daß ich bei der Einführung des Haushaltsplanes für das zweite Halbjahr dieses Jahres von Anfang an mit einem Defizit arbeiten mußte, daß dieser Haushalt verabschiedet wurde, da es leider

nicht möglich war, daß unsere Regierung hier dieses Defizit zu einer Ausgabenerhöhung hat umsetzen können durch Bewilligung entsprechender Mittel von seiten der Bundesrepublik bzw. Schaffung eines entsprechenden Kreditrahmens, daß wir zu einer globalen Mindereinnahmeregulierung kommen mußten, daß wir eine Sperre im Haushalt einführen mußten, eine ungewöhnliche Maßnahme, kann man wohl wirklich sagen. Aber wir haben ja damals schon über den Nachtragshaushalt gesprochen, und ich bin froh, daß jetzt offensichtlich auch bis in das Bundesfinanzministerium hinein die Stimmen stärker werden, daß ein Nachtragshaushalt unvermeidbar ist.

(Beifall bei der SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS)

Wir haben heute im Kabinett beschlossen, daß hier doch jetzt auch die Zahlen, die sich zum Teil jetzt präzisieren lassen, soweit es geht, untersetzt werden und daß hier etwas auf den Weg gebracht wird.

Ich möchte zweitens zu diesen Zahlen noch etwas sagen. Ich habe 10 bis 12 Mrd. genannt als den Rahmen, der mir durch Zahlen quantifizierbar zu sein scheint. Ich will auf diese Zahlen jetzt nicht näher eingehen. Sie haben selbst von einem größeren Rahmen gesprochen für Infrastrukturmaßnahmen. Wenn es dazu kommen muß, und ich denke, dies muß zumindest theoretisch im Andenken vorbereitet sein, daß wir Infrastrukturmaßnahmen in viel größerem Umfang vorbereiten müssen, weil sie das klassische Arbeitsbeschaffungsinstrument sind, dann geht es allerdings um Größenordnungen, die beträchtlich höher sind, und da sind die Zahlen etwa von 30 Mrd. Zahlen, die nicht nur von mir genannt worden sind. Aber das ist eine sehr viel vagere Zahl, und es ist unseriös, wenn Leute behaupten, daß dies die gleiche Dignität hätte, diese Zahl, wie die etwa 10 bis 12 Mrd.

Ich möchte aber zum Schluß noch etwas Grundsätzliches sagen. Ich denke, der Vergleich mit Ludwig Erhard hinkt. Wir sind in einer vollständig anderen Situation mit unserer Volkswirtschaft heute.

(Beifall bei der SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS)

Die Einführung der sozialen Marktwirtschaft unter Ludwig Erhard war wirtschaftsgeschichtlich in einer Situation, als die Märkte sich entwickelten, als Europa noch nicht erholt von dem 2. Weltkrieg in einem allgemeinen Aufbauklima und in einer Aufbauumgebung war. Heute leben wir hier in diesem Land in einer Struktur, die bestimmt ist durch einen zerfallenden Binnenmarkt, durch den Zerfall der Wirtschaftsbeziehungen nach Osteuropa, durch eine gesättigte Wirtschaft weitgehend und einen Boom in Westeuropa und insbesondere in der Bundesrepublik. Wir erleben im Augenblick eine gespaltene Konjunktur, das heißt den Boom in der Bundesrepublik und den wirtschaftlichen Abstieg in diesem Land, und wir müssen alles dafür tun, daß diese Spaltung der Korrektur nicht zu einer Teilung der Nation wird, zu einer wirtschaftlichen und sozialen Teilung.

(Beifall bei der SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS)

Ich denke, ein Vergleich mit Ludwig Erhard trifft in keiner Weise die Situation. Im übrigen würde ich zugespitzt sagen: Wir befinden uns vielleicht auf dem Wege zur sozialen Marktwirtschaft, aber das, was wir als Marktwirtschaft im Augenblick erleben, ist weniger soziale als ganz simple kapitalistische Marktwirtschaft.

(Beifall bei der SPD, Bündnis 90/Grüne und PDS)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Gestatten Sie eine kurze Anfrage?

(Dr. Romberg: Bitte sehr.)

Demloff (PDS):

Herr Minister! Würden Sie mir zustimmen, daß die Grundlage für die Arbeitsbeschaffung, für die Umschulung ein Wirtschafts-